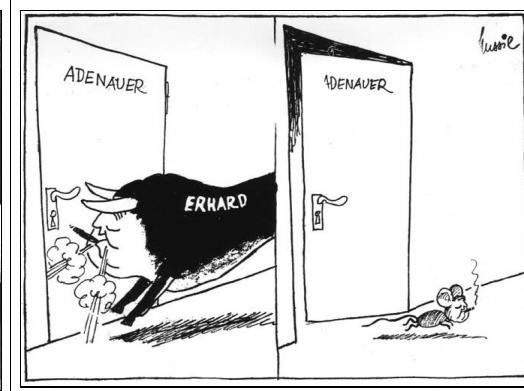




Der „Demonstrationsstreik“ am 12. November 1948 und die gewerkschaftliche Vorgeschichte 1947/1948

Deutscher Gewerkschaftsbund, Bezirk Niedersachsen / Bremen / Sachsen-Anhalt



Übersicht zu „Vorgeschichte und Generalstreik 1948“

Ort/Datum	Ereignis	Anmerkungen
Braunschweig, 29.03.1947	Franz Rosenbruch (FDGB-VS in BS) wird informiert, dass „die Arbeiter der Großbetriebe über die weitere Verschlechterung der Ernährungslage erregt seien [...]. Die Arbeitenden verlangten, dass die Gewerkschaften einen Streik proklamieren sollten“.	Eigene Recherche
Braunschweig, 31.03.1947	Die Gewerkschaften erhalten „von den Behörden und aus den Betrieben die Nachricht, dass man eine Demonstration seitens der Arbeiterschaft plane. Um diese Aktion in disziplinierte Bahnen zu lenken, haben die Gewerkschaftsführer [...] beschlossen, die Demonstration in unsere Hand zu bekommen“.	Eigene Recherche
Braunschweig, 01.04.1947	„[Der] Freie Deutsche Gewerkschaftsbund teilt heute der Polizei offiziell mit, dass um 14 Uhr eine Kundgebung [...] durchgeführt wird. [...] Die Veranstaltung ist genehmigt. Es solle so vor sich gehen, dass die Werksangehörigen von ihren Betrieben geordnet im Zuge nach dem Rathaus (Langer Hof) marschieren, wo sie mit einer Teilnehmerzahl von 10.000 Mann erscheinen. „Auf Ersuchen der Militärregierung“ treten die Ratsherren „zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen“. Nach dem Bericht von OBM Böhme, dem Leiter der Stadtpolizei Klages geben die Ratsmitglieder Jadau (KPD), Dr. Semler (CDU) und Walter (SPD) „... für ihre Parteien und Fraktionen 9 Erklärungen ab, in denen Ausschreitungen auf schärfste verurteilt werden. Diesen Erklärungen schloss sich für die Gewerkschaften dessen Vorsitzender Rosenbruch an“.	Eigene Recherche
Braunschweig, 11.04.1947	In der Sitzung der FDGB-Gewerkschaften berichtet der Vorsitzende Rosenbruch, „das verschiedene Betriebe versuchten, Generalstreiks anzusetzen. Für die augenblicklich schwierige Wirtschafts- und Ernährungslage wären diese Streiks aber nicht tragbar, da sie die Lage nur verschlimmern würden. In einer Zusammenkunft mit den Bauernführern in Wolfenbüttel wurde diesen klargelegt, dass sie vor allem dafür sorgen müssten, dass die Bauern ihr Ablieferungssoll restlos zu erfüllen hätten“.	Eigene Recherche
Hannover, 14.04.1947 (Freitag)	Das Landesernährungsamt setzt die wöchentliche Brotration für Normalverbraucher auf 1.000 g fest.	„HP“, 18.04.1947
Hannover, 17.04.1947	„Die hannoversche Arbeiterschaft hat sich nicht von kommunistischen Wortführern zum Generalstreik verleiten lassen“.	„HP“, 18.04.1947
Hannover, 17.04.1947	„Nach den Protesten: 500 Gramm Brot mehr “ – nun wieder 1.500 Gramm Brot.	„HP“, 18.04.1947

Ort/Datum	Ereignis	Anmerkungen
Braunschweig, 21.04.1947	„Die Verhandlungen gegen 37 Angeklagte“. Sie werden beschuldigt, „an einem öffentlichen Aufruhr teilgenommen und sich feindselig oder achtungswidrig gegenüber Angehörigen alliierter Streitkräfte verhalten zu haben“. An anderer Stelle wird berichtet: „Zu Beginn der Verhandlung brachte der Anklagevertreter zum Ausdruck, dass in 15 Fällen eine Schuld nicht nachgewiesen werden könne und die Anklage nicht aufrechterhalten werden solle. Darauf werden die 15 Beschuldigten sofort wieder freigelassen.“	Eigene Recherche
Braunschweig, 01.05.1947	In der Wagenhalle der Straßenbahn am Riddagshäuser Weg treffen sich 6.000 Kundgebungsteilnehmer aus den Braunschweiger Gewerkschaften. Der Referent Peter Haß aus Hamburg nennt Forderungen „die zur Änderung unserer schwer bedrängten Lage unbedingt erforderlich sind. Dazu gehören: Anwendung schärferer Strafbestimmungen gegen Schieber und Schwarzhändler, restlose Entfernung der Nazis aus der Verwaltung. [...] Man sollte uns nur die Gelegenheit zur Arbeit geben, dann würden wir auch alle notwendigen Lebensmitteleinfuhren mit unserer Arbeit bezahlen“.	Eigene Recherche
Frankfurt/M., 25.06.1947	Konstituierung des Bizonen-Wirtschaftsrates [Erster Wirtschaftsrat] als oberstes (deutsches) Organ der Bizone. Er besteht aus 52 von den Landtagen delegierten Abgeordneten und besitzt legislative Rechte.	„BZ“, 26.06.1947
Braunschweig, 06.05.1947	Es werden neue Rationskürzungen bekanntgegeben . „Die Arbeiter der Büssing-Werke beabsichtigen in den Streik zu treten und auch in anderen Betrieben herrscht große Erregung“.	„BZ“, 06.05.1947
Hamburg, 07.05.1947	Sitzstreik bei Blohm und Voß sowie fünf weiteren Betrieben am Nachmittag / Forderung statt 40 Stunden nur 32 Wochenstunden ohne Lohnkürzung.	„HP“, 09.05.1947
Braunschweig, 07.05.1947	Stadtverordneten beschließen einstimmig, die Arbeit bis auf weiteres einzustellen.	„HP“, 09.05.1947
Hannover, 08.05.1947	Kürzung der Lebensmittelzulagen für Opfer des Naziregimes ab der 101. Zuteilungswoche.	„HP“, 09.05.1947
Hannover, 08.05.1947	Doch 200 Gramm Fleisch / Landesernährungsamt hat nichts dazugelernt.	„HP“, 09.05.1947

Ort/Datum	Ereignis	Anmerkungen
Hamburg/Lemgo Freitag, 09.05.1947	Hamburg: ab 12 Uhr ruht an allen Betrieben die Arbeit, ab 14 Uhr Protestkundgebung vor dem Gewerkschaftshaus Lemgo: Das Zentralamt für Arbeit (Lemgo) hat festgestellt, dass die aktuelle Arbeitsleistung etwa bei 50 Prozent der Leistung im Jahre 1938 entspricht.	„HP“, 09.05.1947
Braunschweig, 12.06.1947	Die Gewerkschaften protestieren gegen unzureichende Zuteilung von Lebensmitteln . Aus einem Bericht: „Besonders unverständlich erscheine es den Gewerkschaften, dass der Bevölkerung das so dringend benötigte Fett [Fett- und Fleisch-Zuteilungen] vorenthalten werden soll, wenn, wie festgestellt wurde, andererseits in den Lebensmittelgeschäften zum Teil größere Mengen an Butter und Fett vorhanden sind und so dem Verderb ausgesetzt sind“.	Eigene Recherche
Braunschweig, 18.06.1947	Die Stadtverordneten-Versammlung nimmt ihre Arbeit wieder auf . Die Menge des täglichen Kalorienverbrauchs ist von 830 Kalorien zum Ende Juli 1947 auf 1.135 Kalorien angestiegen; der Ernährungsnotstand wird noch über ein Jahr andauern.	Eigene Recherche
Frankfurt/M., 02.08.1947	In Washington und Berlin sind die höchsten amerikanischen Beamten der Meinung, dass zumindest in den kommenden fünf Jahren das deutsche Volk nicht über Sozialismus oder Kapitalismus entscheiden könne. Bis dahin hofft man auf „ das Sichdurchsetzen konservativer politischer Tendenzen in Deutschland.“	Business Week, 02.08.1947
Frankfurt/M., 09.08.1947	Die Befugnis zur Preisbildung geht in der Bizone im Wesentlichen auf den Direktor der Verwaltung für Wirtschaft über.	
Frankfurt/M., 02.03.1948	Der Wirtschaftsrat wählt einen Verwaltungsrat , der aus dem Oberdirektor und Direktoren mit Ministerialbefugnissen besteht. Darunter befindet sich auch eine Verwaltung für Wirtschaft, der Direktor wird Professor Ludwig Erhard.	
Königstein/Taunus, 21.03.1948	Erhard bekräftigt vor der Vollversammlung des Wirtschaftsrats seine Absicht, die Bewirtschaftung so rasch wie möglich zugunsten der freien Marktwirtschaft abzuschaffen.	

Ort/Datum	Ereignis	Anmerkungen
Hannover, 26.04.1948	<p>„Wir können nicht mehr ...“ / Hanomag-Belegschaft mit der Kraft am Ende – Streikabstimmung beschlossen – „Die 4.000 Arbeiter und Angestellten der Hanomag beschlossen am Montag auf einer Betriebsversammlung „über einen unbefristeten Proteststreik zu entscheiden“. [...] Noch schweigen die Lautsprecher, hier und da fängt man Worte halblauter Gespräche auf: „Drei Brote in einem Monat schwarz gekauft und keinen Pfennig mehr auf dem Sparbuch! – Alles zwecklos! – Sklaven des Hungers und der Arbeit! – Der Streik ist unsere einzige Waffe. Dann spricht der Vertreter der Industriegewerkschaft Metall.“ Anschließend spricht der Betriebsratsvorsitzende und verliest „ein Fernschreiben, das vom niedersächsischen Wirtschaftsministerium auf Anraten der hannoverschen Unternehmer an Frankfurt gerichtet wurde: Drohende Streikgefahr in Niedersachsen. Streik bei Hanomag für Montag angesetzt. Auswirkungen für die Bizone ist nicht abzusehen. Erbitten Sofortmaßnahmen zur Gleichstellung der Getreideversorgung und Verbesserung der kritischen Ernährungslage. Das Fernschreiben ist vom 24. April datiert. Eine Antwort blieb aus“.</p>	„HP“, 27.04.1948
Hannover, 27.04.1948	<p>„Der Hungermarsch zu Lingham“ / 200 Metallarbeiter mit dem Ministerpräsidenten an der Spitze – 200 Betriebsräte der Metallindustrie „mit Ministerpräsident Kopf an der Spitze begaben sich am Dienstagmorgen zum britischen Gebietsbeauftragten Brigadier Lingham, um gegen die fortdauernden Brotkürzungen in Niedersachsen zu protestieren und der Forderung Abhilfe zu schaffen“.</p>	„HP“, 30.04.1948
Hannover, 01.05.1948	<p>„Wenn alle Appelle nutzlos bleiben ...“ / Maifeier im Zeichen des Hungerstreiks der arbeitenden Bevölkerung – Die niedersächsische Bevölkerung weiß, dass der Brotkorb für das deutsche Volk sehr hoch hängt. [...] sie verlangt, dass der Brotkorb noch höher gehängt wird, weil ein unfähiges bizonales Amt die fürchterlichen Folgen seiner Unfähigkeit hinter immer neuen Ausflüchten verbirgt“. Minister Alfred Kubel spricht auf der Maikundgebung auf dem Klagesmarkt:</p> <p>„Im Zeichen des Streiks gegen Frankfurt“ – „Wir wollen aus diesem Volk endlich ein Volk von Rebellen machen“, erklärte der niedersächsische Wirtschaftsminister Kubel auf der DGB-Maikundgebung. „Wären wir immer ein solches Volk gewesen, so wären wir heute noch frei“. „Solange das profitlüsterne Monopolkapital Politik macht, wird es in Europa unmöglich sein, einen dauernden Frieden zu schaffen. Unser Kampf ist ein Kampf für Gerechtigkeit. Heute erheben wir erneut unsere Forderung nach dem Mitbestimmungsrecht der Gewerkschaften und nach der gerechten Verteilung der Lebensmittel“. ...</p>	„HP“, 05.05.1948

Ort/Datum	Ereignis	Anmerkungen
Hannover, 04.05.1948	<p>„Ueber 5.000 Werktätige Hannovers im Streik“ / Der Kampf richtet sich gegen Frankfurt – Forderungen müssen erfüllt werden – Nur einheitliches und geschlossenes Vorgehen führt zu erfolgreichen Ende – „... Die Werkstätigen haben die Arbeit niedergelegt und erklären einmütig, dass sie erst wieder an die Arbeit gehen, wenn ihre Forderungen bewilligt sind. Im Streik geht es um konkrete Forderungen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Erhöhung der Lebensmittelrationen für das Land Niedersachsen auf den Stand der anderen Länder; 2. Erhöhung der Fleischrationen und die Sicherstellung der Belieferung; 3. Belieferung aller rückständigen Fleischrationen oder Ausgleich durch andere Lebensmittel. <p>Die Durchsetzung dieser Forderungen ist notwendig, um die Arbeitskraft der Werkstätigen zu erhalten“.</p> <p>...</p>	„NVS“, 05.05.1948
Braunschweig, 04.05.1948	<p>Kreisausschuss-Sitzung. „Rosenbruch [...] berichtet über die katastrophale Ernährungslage und die Streikbereitschaft in den Betrieben. Er erwähnte dabei besonders die Betriebe Büssing, MIAG und das Elt-Werk und verschiedene bisher erfolglose Verhandlungen zur Besserung der Lage. [...] Rosenbruch wies außerdem daraufhin, dass die Regelung der Ernährungsfragen eigentlich Sache der politischen Parteien sind. [...] Ein Kollege wies darauf hin, dass die Kollegen in den Betrieben eine größere Aktion erwarten. Falls die Gewerkschaft nicht hierauf eingeht, werden die Massen handeln, ohne die Gewerkschaftsleitung zu fragen. [...] Koll. Geiser berichtet aus Hannover. Die Streikbewegung ist nicht zu halten. Ein Abbremsen durch die Gewerkschaft würde nur das Vertrauen der Mitglieder mindern. Minister Kopf habe nachgewiesen, dass Niedersachsen benachteiligt worden sei. [...] Selbst auf die Gefahr hin, dass die Export-Messe darunter leide, könne hier nicht nachgegeben werden“,</p>	Protokoll laufende Seiten 135-136
Hannover, 05.05.,1948	<p>„Hannover vor dem Generalstreik“ / 60.000 streiken am Mittwoch – Solidarität aller Industrie-gruppen – 500 Gramm Brot mehr – „... Nachdem bereits am Wochenende sämtliche Betriebe der Metallindustrie mit 33.000 Beschäftigten die Arbeit niedergelegt hatten, schlossen sich die drei Continental-Werke mit 8.000, die Geha-Werke mit 300 und die „Orpil-Seifenfabrik“ mit 100 Arbeitern und Angestellten am Dienstagmorgen [04.05.] der Streikbewegung an. Von der Industriegewerkschaft Chemie streiken ab Mittwochmorgen 15.000 Beschäftigte. [...] In allen Betrieben hatten sich in Urabstimmungen die Belegschaften zu nahezu 100 Prozent für die Arbeitsniederlegung ausgesprochen“. ...</p>	„HP“, 05.05.1947

Ort/Datum	Ereignis	Anmerkungen
Hannover, 05.05.1948	<p>„Kein Generalstreik in Niedersachsen“ / Die Gefahr einer Ausdehnung auf ganz Niedersachsen scheint vorerst abgebogen. Von gewerkschaftlicher Seite wird die Niederlegung [...] jedenfalls nicht weiter vorangetrieben [...] Über 30.000 Angehörige der städtischen Betriebe, Post und Straßenbahn haben sich am Mittwoch mit überwältigender Mehrheit für einen Streik aber erst ab Montag [10. Mai] ausgesprochen. Am Mittwoch sind „Metallbetriebe, Industriegewerkschaften und Baubetriebe in den Ausstand getreten [...] Die Exportmesseeröffnung [am 23. Mai] ist dadurch stark betroffen“. Ebenfalls am Mittwoch, ab 19 Uhr, wird der gesamte Straßenbahnverkehr eingestellt. Die Druckindustrie stimmte für Generalstreik, deshalb ist das Erscheinen der Zeitungen „bis auf weiteres unmöglich“.</p>	„HP“, 06.05.1947
Hannover, 11.05.1948	<p>„210 Zettel flattern in Zimmermannshütte“ / 113 gegen 96 Stimmen – Keine einheitliche Wiederaufnahme der Arbeit – In der „Waldburg“ eröffnet ein Vertreter der IG Bau die Betriebsrätekonferenz der Bauhandwerker. Es wird „der Beschluss der niedersächsischen Gewerkschaften zur Streiklage verlesen, der in dem dringenden Appell gipfelt, den Streik sofort zu beenden. [...] In den Pelikan-Werken Günter Wagner fand eine Urabstimmung zum Ende des Streiks statt. - „Während die Angestellten dem Beschluss der Gewerkschaftskonferenz folgten, die Arbeit wieder ab Mittwoch aufzunehmen, entschlossen sich die Arbeiter mit 600 zu 45 Stimmen den Streik mit ihren Kollegen der IG Metall und Chemie vorläufig bis zum 18. Mai [Dienstag] fortzusetzen“.</p>	„HP“, 13.05.1948
Braunschweig, 12.08.1948	<p>Betriebsrätevollversammlung bei VES, Ackerstraße. Thema: „Stellungnahme zur Preiserhöhung und zum Lohnstop“. „Kollege Eibel gab bekannt, dass die Versammlung auf Grund der zahlreichen in den letzten acht bis zehn Tagen eingegangenen Resolutionen aus den Betrieben einberufen worden sei, um einen Weg zu finden, Löhne und Preise einander anzugleichen“. [...] Der Bundesvorstand hat den Beschluss gefasst, in Einzelaktionen in der britischen Zone gegen die erhöhten Preise vorzugehen und zwar in Duisburg, Mülheim, Oberhausen, Köln, Kiel, Hannover und Braunschweig. Für Braunschweig findet am Freitag, 13.08.1948, 16.15 Uhr, in der Stadthalle [Hamburger Straße] eine Protestkundgebung der gesamten Bevölkerung statt mit dem Thema: „Hohe Preise – Niedrige Löhne, was tun wir?“.</p>	Protokoll, laufende Seiten 62-64

Ort/Datum	Ereignis	Anmerkungen
Hannover, 12.05.1948	<p>„Urabstimmung entscheidet über den Streik“ / Starke Stimmung für Weiterführung – Proteste gegen die Gewerkschaftsvorstände – „Mit großer Mehrheit lehnten die Delegierten der Industrie-Gruppen den Beschluss der Gewerkschaftsvorstände vom Sonnabend ab, den Streik am Mittwoch abzubrechen. Demgegenüber beschlossen sie eine Urabstimmung durchzuführen, denn durch Urabstimmung sei der Streik beschlossen worden und durch Urabstimmung könne er auch nur beendet werden“. Abstimmungsergebnisse: Conti-Werke 80,9 Prozent für Fortsetzung, bei der Hanomag 64,1 Prozent für Fortsetzung, weitere Betriebe zur Weiterführung des Streiks, Sichel-Werke 75 %, Vereinigte Leichtmetall ebenfalls 75 %, Eisenwerk Wülfel 80 %. „In einer EntschlieÙung der Firma Osterwald Hannover, wird dem Vorstand der Industriegewerkschaft „Druck und Papier“ das Misstrauen ausgesprochen. Das Vertrauen der Mitglieder zu ihrer Gewerkschaft sei schwer erschüttert und es müssten fähigere und entschlossenerere Menschen in die Gewerkschaftsführungen einziehen“. ...</p>	„NVS“, 14.05.1948
Braunschweig, 12.08.1948	<p>CDU-Kreisverband – Sozialausschuss. „EntschlieÙung. Der Sozialausschuss befasst sich heute mit den überhöhten Preisen für Lebensmittel [... der Ausschuss] Ist sich klar darüber, dass diese Preise für die arbeitende Bevölkerung nicht länger tragbar sind und fordert schnellste durchgreifende Maßnahmen, um diesem Übelstand im Interesse der arbeitenden Bevölkerung abzuhelpen. Er erwartet vom Frankfurter Wirtschaftsrat unverzüglich Maßnahmen ...“</p>	Brief vom 12.08.1948, laufende Ziffer 132
Braunschweig, 13.08.1948	<p>Öffentliche DGB-Kundgebung in der Stadthalle. Referent Hermann Beermann: „... Herr Erhard hat sehr wenig dafür getan, nachdem er den Preisen eine freie Entwicklung verschaffte, doch er ist sehr bemüht, den Lohnstop festzuhalten. Während die Gewerkschaft versucht, eine 30prozentige Lohnerhöhung zu erreichen, verhindert die Reaktion selbst die von der Militärregierung zugestandene 15-prozentige Erhöhung. [...] Wir rufen Euch auf, der Parole der Gewerkschaften zu folgen und ab heute in einen Käuferstreik zu treten“.</p>	Protokoll, laufende Seiten 126-128
Braunschweig, 13.08.1948	<p>Flugblattverteilung – „Haushaltsvorstände, Hausfrauen! Der DGB „... proklamiert für die Stadt Braunschweig den Käufer-Streik! [...] Hatte sich bisher der Unwillen der Bevölkerung vorwiegend gegen die Landwirtschaft gerichtet, so muss nunmehr festgestellt werden, dass der Handel und Zwischenhandel mit stark überhöhten Preisen Geschäfte macht“. Der Verwaltungsrat in Frankfurt ist am Zuge Gesetze zu erlassen, die eine tragbare Preispolitik beinhalten. Der Käuferstreik soll im ersten Schritt am 13. und 14. August durchgeführt werden.</p>	Flugblatt (einseitig), laufende Ziffer 143

Ort/Datum	Ereignis	Anmerkungen
Hannover, 13.05.1948	In einem Kommentar zur aktuellen Situation , den tieferen Ursachen der Streikbewegung: „...die verpfuschte politische Säuberung, das gebrochene Sozialisierungsversprechen, das Verbot einer Produktionskontrolle durch die Betriebsräte, wie überhaupt die Hemmung ihres Willens, aktiv und leitend in der Wirtschaft tätig zu sein, der Zwang, immer noch für schlechtes Geld arbeiten zumüssen.“	„HP“, 13.05.1948
Frankfurt/M., 14.05.1948	„ 8500 Gramm Brot für Niedersachsen / Volle Gleichstellung aller Länder ab 1. Juli – Länderrat gegen bizonale „Bodenreform“ – [Weitere Hinweise in dem Bericht über die Zuteilungen von Fleisch, Trockenmilch, Trockenfrüchten] ...	„HP“, 15.05.1948
Hannover, 14.05.1948	„Auf der Belegschaftsversammlung der Firma Bode-Panzer hat die Belegschaft von dem Abstimmungsergebnis, der in der hannoverschen Metallindustrie festgestellt wurde, zur Kenntnis genommen und sich unter diesen Umständen bereit erklärt, am 18. Mai die Arbeit wieder aufzunehmen. Der Grund am nicht vollen Erfolg des Streiks sieht die Belegschaft darin, dass die Gewerkschaftsleitung bis hinauf zum Bund völlig versagt hat. Sie spricht ihnen deshalb das Misstrauen aus“. ...	„NVS“, 19.05.1948
Braunschweig, 15.05.1948	Der Rat der Stadt Braunschweig beschließt abermals ein befristetes Ruhen der Mandate . Fünf Wochen später, am 20. Juni 1948, wird im Rahmen der Währungsreform die neue Deutsche Mark eingeführt – angeblich war das der Tag, an dem alle Bewohner der drei westlichen Zonen finanziell gleichgestellt waren. Die Zuteilungsperiode Juli 1948 wird mit 1.961 Kalorien registriert.	Eigene Recherche
Hannover, 15.05.1948	„ Das Ende des Streiks der Hunderttausend “ / Streikabschlusskundgebung in Hannover – Auch Metall und Chemie arbeiten wieder – „... am Sonnabend fand eine Streikabschlusskundgebung auf dem Hof der Continental-Werke in Hannover statt. Unter den 3.000 Teilnehmern der Kundgebung waren nicht nur Arbeiter der Industriegruppe Chemie, sondern auch Angehörige aus allen Betrieben Hannovers, um zu zeigen, dass der Kampf nicht nur gemeinsam und solidarisch geführt, sondern auch in seiner Beendigung geschlossen und zielklar war“. ...	„NVS“, 19.05.1948
Hannover, 18.05.1948	„ Unsere Leser haben das Wort: Der Streik der Hunderttausend in Niedersachsen “ / Betriebsarbeiter nehmen zum Streik Stellung und ziehen notwendige Lehren – „Der Streik der Hunderttausend in Niedersachsen bewegt weiterhin weite Kreise der Bevölkerung. War es ein Erfolg? Oder hat doch alles keinen Zweck? Haben die Gewerkschaften versagt und haben deshalb diejenigen Recht, die jetzt ihre Mitgliedsbücher hinschmeißen? Wie war der ganze Streik einzuschätzen? Welche Lehren haben die Werktätigen zu ziehen, welche Fehler müssen in Zukunft vermieden werden?“ ...	„NVS“, 10.05.1948

Ort/Datum	Ereignis	Anmerkungen
Hannover, 21.05.1948	„ Werden die Landarbeiter streiken? / Kurz vor Pfingsten hatte der Zonenvorstand der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft beschlossen, in einer gemeinsamen Aktion an die Regierungen der einzelnen Länder heranzutreten, um über Forderungen der Landarbeiterschaft Verhandlungen aufzunehmen. Sollten keine Ergebnisse erzielt werden, würde die Organisation zu einem Proteststreik in der gesamten britischen Zone aufrufen“...	„HP, 22.05.1948
Frankfurt/M., 17.06.1948	„ Erhebliche Vollmachten für Direktor Erhard / Prof. Erhard legt auf einer Sitzung des Wirtschaftsrates das Gesetz vor, indem die weitere Bewirtschaftung und Freigabe der Preise im Rahmen von Leitsätzen festgelegt wird“. Es wird endgültig gegen die Vertreter von KPD und SPD mit 50 zu 37 Stimmen angenommen.	„HP“, 19.06.1948
18.06.1948	Am frühen Abend verkünden die die drei Militärgouverneure die Währungsreform . Die Reichsmark verliert ihre Gültigkeit, die DM wird zum offiziellen Zahlungsmittel in Westdeutschland.	
20. Juni 1948	Es gibt in den drei Westzonen Deutschlands die Währungsreform mit Einführung der „Deutschen Mark“ und Eingriffen in den Arbeitsmarkt: ein Lohnstopp wirkt weiter und die Preiskontrollen werden aufgehoben . Dafür verantwortlich, und im Zentrum der Kritik, stand Ludwig Erhard, der führende Mann im Wirtschafts- und Verwaltungsrat der Westzonen und spätere Bundeskanzler, und seine Politik, die später „soziale Marktwirtschaft“ genannt wurde.	Eigene Recherche
Frankfurt/M., 24.06.1948	Erhard brachte die soziale Marktwirtschaft mit dem „ Gesetz über die wirtschaftlichen Leitsätze nach der Geldreform “ auf den Weg. Die Ziele der Marktwirtschaft lassen sich zusammenfassen: - möglichst breiter Wohlstand durch geordneten Wettbewerb /- stetiges Wirtschaftswachstum, - Vollbeschäftigung / - Außenhandelsfreiheit / - soziale Sicherheit und Gerechtigkeit.	Text Illaender 1991
München, 31.07.1948	Ein Überfallkommando der Polizei musste auf dem Viktualienmarkt eine Eierhändlerin schützen . „Auf dem Viktualienmarkt kommt es zu einer „Eierschlacht“, in der sich die Empörung der Bevölkerung über steigende Preise Luft macht. Einer Eierhändlerin, die für das Ei 37 Pfennig verlangt, werden die Eierkisten abgenommen und zerschlagen.“	Münchner Stadtchronik

Ort/Datum	Ereignis	Anmerkungen
Braunschweig, 03.08.1948	DGB-Kreisausschuss-Sitzung. „... Ein Protestschreiben der MIAG wird verlesen, in dem der Gewerkschaft der Vorwurf gemacht wird, sich nicht aktiv genug einzusetzen. [...] Der „Konsum“ beabsichtigt mit den Preisen herunterzugehen, um die anderen Geschäfte auch dazu zu bringen. [...] Der Vorschlag, einen Käuferstreik zu veranstalten , fand nicht die volle Zustimmung, weil auch durch diese Aktion nicht ein größerer Kreis erreicht werden kann. [...] Es soll mit den Geschäftsführern der I.G.s erwogen werden, ob eine Großkundgebung “ sinnvoll erscheint.	Protokoll, laufende Seiten 143-144
Düsseldorf, 23.09.1948	„Wirtschaftsverbände leiten Angriff gegen Demokratie ein“ / Unternehmer verweigern den Gewerkschaften die Anerkennung der Gleichberechtigung – In einer Wahlrede hat kürzlich der Vorsitzende der CDU, Dr. Adenauer, die Gewerkschaften gerügt, dass sie sich zu sehr in Angelegenheiten einmischen, die rein politischer Natur seien und sie deshalb nichts angingen. [...] Die Gewerkschaftsvertreter innerhalb der CDU standen in einer Abstimmung vor einer heiklen Entscheidung, ob sie den von ihnen selbst öffentlich vertretenen Grundsatz, dass die Wirtschaft aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern besteht, bestätigen sollen oder nicht. Sie stimmten für Beteiligung der Gewerkschaften und verhalten so [einem] Gesetz zur Annahme“	„BZ“, 24.09.1948
München, 15.10.1948	Schreiben des Bayerischen Gewerkschafts-Bund an den Ministerpräsidenten: „... die Forderung neu umrissen, deren Erfüllung im sozialen, im wohlverstandenen wirtschaftlichen und staatspolitischen Interesse unbedingt gewährleistet sein muss. [...] Die Arbeiter in der privaten Wirtschaft, die Arbeiter, Angestellten und Beamten im öffentlichen Dienst haben einen berechtigten Anspruch darauf, dass sie vor weiterer Ausbeutung durch hemmungslosen Preis- und Hortungswucher geschützt werden.“	Dokument 328 Band 7, S. 1030
Stuttgart, 22.10.1949	Der Stuttgarter Ortsausschuss der Gewerkschaften hatte zu einer Betriebsrätevollkonferenz eingeladen. „Fast durchweg wurde von den Debattenrednern die besänftigende Politik der Gewerkschaftsführung kritisiert. [Beschluss unter dem Motto nicht nur reden, handeln] wird für den 28. Oktober zu einer Protestveranstaltung auf dem Karlsplatz organisiert. Der Zweck der Kundgebung, „Die Verbraucher sollten in einer Massendemonstration zeigen, dass ihre Geduld erschöpft sei, dass sie nicht mehr gewillt seien, die Preise hinnehmen, die von den Produzenten oder vom Handel [...] festgesetzt werden; manche sagen auch diktiert werden“.	Stuttgarter Zeitung
Münster, 26.10.1948	DGB-Bundesvorstand: „Diskussion und Beschluss des BV und des DGB-Bundesbeirats (BB) über Maßnahmen gegen zunehmende Verschlechterung der Lebenshaltung der Arbeitnehmer“ / „Der Vorsitzende Böckler stellt in seinen Ausführungen die kampfbereite Stimmung des Beirats fest“	Dokument 317 Band 7, S. 997

Ort/Datum	Ereignis	Anmerkungen
Münster, 26.10.1948	<p>„Angesichts der Tatsache, dass alle bisherigen Forderungen und Vorschläge der Gewerkschaften, die die Sicherung eines ausreichenden Realeinkommens und damit einer erträglichen Lebenshaltung für die breite Masse der Arbeiterschaft bezweckten, unbeachtet geblieben sind, [...] Die für die jetzigen, die breiten Volksmassen so sehr schädigenden Zustände hauptsächlich Verantwortlichen aus Erzeugerschaft, Verteilung und Verwaltung sind an ihre Pflicht der Volksgesamtheit gegenüber nachdrücklich zu erinnern, und der fortgesetzten Nichtbeachtung berechtigter gewerkschaftlicher Forderungen durch die amtlichen Stellen ist ein Ende zu setzen“.</p>	DoKu – Einstimmiger Beschluss des Bundesvorstands und Beirates in der britischen Zone (Ein Blatt DIN A4)
Stuttgart, 28.10.1948	<p>Auf dem Karlsplatz versammeln sich nach Presseberichten 40.000 bis 50.000 Menschen. In der Chronik von Bergmann ist die Rede von 90.000 bis 100.000 Menschen. Zwischen 13 und 14 Uhr wird überall in der Stadt die Arbeit niedergelegt, die Demonstranten führen Plakate und Transparente mit „Wir wollen leben – nicht vegetieren“ – „Fort mit Professor Erhard“ – sind zu lesen. Der einzige Redner, Stuttgarts DGB-Vorsitzender Hans Stetter u.a., diese Veranstaltung ist „als letzte Warnung an alle diejenigen zu betrachten, die kaltschnäuzig aus der Not der Menschen neuen Reichtum scheffeln wollen“. Zum Abschluss der Kundgebung wird ein Telegramm nach Frankfurt/M. formuliert: „Zehntausende Schaffende demonstrierten am 28. Oktober in Stuttgart unter Führung der Gewerkschaften gegen Wucher und Preistreiberei. Sie fordern schärfste Maßnahmen gegen diese Auswüchse und eine sofortige Änderung des falschen Wirtschaftskurses. Wenn nicht unverzüglich Abhilfe geschaffen wird, bleibt nur noch der Weg zur Selbsthilfe.“</p> <p>Nach Ende der Kundgebung kommt es zu handgreiflichen Protesten. Einige Gruppen von Menschen empörten sich über die elegante Ausstattung und die hohen Preise im Modehaus Stahl. Mit Steinen wurde eine Fensterscheibe eingeworfen. Als Polizeibeamte eingriffen, wurden sie mit Stöcken angegriffen. Auch die Oberlichter der Schaufensteranlage der Firma Luxus wurden durch Steinwürfe zertrümmert. Die Polizeibeamten drängten die Menge zurück, und als Verstärkung eintraf, wurde von Dächern und von der gegenüberliegenden Seite mit Steinen gegen die Polizei geworfen.“</p> <p>„Die deutsche Polizei rief die Military Police zur Hilfe. Den amerikanischen Militärpolizisten gelang es mit aufgepflanztem Seitengewehr und Tränengas, die Stuttgarter Einkaufsmeile bis 17 Uhr zu räumen. Dei kam es wiederholt zu tätlichen Angriffen auf die Polizeikette“.</p> <p>Militärgouverneur Clay hatte sich, als er anordnete, mit Panzern gegen die Demonstranten in Stuttgart vorzugehen, zu einem außerordentlichen, bis dahin für Westdeutschland beispiellosem Vorgehen entschlossen.</p> <p>„General Clay ließ für Stuttgart eine zeitlich unbefristete Ausgangssperre von 21 Uhr bis 4 Uhr morgens verhängen. Die war Ernst gemeint. Drei Tage nach den „Vorfällen“ hatten sich 38 Personen vor dem Schnellgericht der amerikanischen Militärregierung zu verantworten, die am Samstag und Sonntag von der Polizei nach 21 Uhr auf der Straße angetroffen worden waren.</p>	<p>Zitiert aus „Geschichte der Stuttgarter Metallarbeiter“</p> <p>Stuttgarter Zeitung, 30.10.1948</p> <p>Neue Zeit, 29.10.1948</p> <p>Stuttgarter Nachrichten, 30.10.1948</p>

Ort/Datum	Ereignis	Anmerkungen
Braunschweig, 02.11.1948	<p>„Angestellte wollen Gehaltserhöhung“ / Die Kraft der Angestellten liegt im Zusammenschluss im DGB – „Im überfüllten Saal des Volksfreundhauses [fand] die erste Angestelltenversammlung des DGB in Braunschweig statt“. Der Referent Garbade vom DGB zeigt „in anschaulicher Weise, dass selbst bei den schwierigen Verhandlungen der Berliner Frage Handelsverträge von den Westmächten mit der Sowjetunion abgeschlossen wurden. Die Wirtschaft habe ihre eigenen Gesetze. [...] Im Hinblick auf die Notlage forderte er Gehaltserhöhungen. Es sei gewerkschaftliche Tagesaufgabe, die durch die Direktive 40 mögliche 15prozentige Gehaltserhöhung zu verwirklichen.“ ...</p>	„NVS“, 10.11.1948
Düsseldorf, 03.11.1948	<p>„Geduld der Gewerkschaften erschöpft“ / „Alle Hoffnungen, dass die Anarchie der Wochenmärkte und das Auseinanderklaffen von Preisen und Löhnen ohne Anwendung außerordentlicher Mittel überwunden werden könnte, hätten sich als illusorisch erwiesen, sagte der DGB-Generalsekretär Fritz Tarnow. [...] Die Gewerkschaften haben das Mitbestimmungsrecht in der Wirtschaft gefordert, um die Interessen des weitaus größten Teils der Bevölkerung gegenüber egoistischen Sonderinteressen zu vertreten. An dieser grundsätzlichen Einstellung wird sich nichts ändern. ...“</p>	„HP“, 04.11.1948
Frankfurt/M., 4. bis 6.11.1948 - 04.11.1948 -	<p>Besprechung des Gewerkschaftsrates der vereinten Zonen über die Ziele und die Dauer eines befristeten Demonstrationsstreiks; u.a. Wortbeitrag Albin Karl: „[...] er wies auf einen Brief von ihm an Professor Dr. Erhard hin [...] dass der Bundesvorstand des DGB aufgrund der ihm in Münster erteilten Vollmachten beschlossen habe, eine zwei Tage dauernde Arbeitsruhe am 11. und 12.11.1948 durchzuführen, dass keine Streikunterstützung gezahlt würden und das weitere Maßnahmen folgen sollten [...]. Kollege Richter warnte vor einem zweitägigen Streik, wenn er auch das Mitbestimmungsrecht als außerordentlich wichtig ansehe [...] Kollege Böckler machte darauf aufmerksam, dass alle die se vom Kollegen Richter darlegten Erwägungen auch sie beschäftigt hätten und angesichts der vorgebrachten Vorschläge kein anderer Weg mehr offen sei“.</p>	Dokument 319 Band 7, S. 1000
Frankfurt/M., 4. bis 6.11.1948 - 05.11.1948 -	<p>Besprechungen über gewerkschaftliche Forderungen und die allgemeine Arbeitsruhe werden fortgesetzt. Eine Kommission wird eingesetzt, um die gewerkschaftlichen Forderungen in zehn Punkten zusammenzufassen. Um 15.40 Uhr ein Anruf der Militärregierung. <u>Er teilt mit, [...] dass wir die Resultate der Konferenz durch keine drastischen Maßnahmen in die Tat umsetzen sollten, ehe wir mit den Militärgouverneuren Rücksprache genommen hätten.</u> Wir sollten dabei nicht übersehen, dass der Ausgang der Wahl in Amerika einen großen Einfluss ausübe [...] Gespräch mit dem Oberdirektor Dr. Pünder findet am 5. November 1948 in Frankfurt/M. im Casalla-Haus statt, u.a. [...] weil der bestehende Notzustand Sofortmaßnahmen der Gewerkschaften innerhalb von wenigen Tagen erfordert.“ [Erhard wird über Termin nur informiert] Diskussion über 48-stündigen Arbeitsruhe wird fortgesetzt.</p>	Dokument 319 Band 7, S. 1000

Gelöscht:

Ort/Datum	Ereignis	Anmerkungen
Frankfurt/M., 05.11.1948	<p>Besprechung des Gewerkschaftsrates der Bizone mit Mitgliedern des Verwaltungsrates der Bizone über die Forderungen der Gewerkschaften für die Überwindung des wirtschaftlichen Notstandes. Böckler berichtet zu Beginn über den Diskussionsstand bei den Gewerkschaften. Oberdirektor Pünder und Prof. Erhard führen aus, „... dass sie mit vielen Forderungen der Gewerkschaften einig seien, dass sie es aber aus wirtschaftspolitischen Anschauungen ablehnen müssten, [wegen der] in den Forderungen enthaltenen Konsequenzen [...] Prof. Dr. Erhard erklärt weiter, „dass er eine paritätische Beteiligung der Gewerkschaften nicht vorsehen könnte, da er eine so hochpolitische Entscheidung nicht vorweg nehmen könnte“. Die Verhandlungen nehmen eineinhalb Stunden in Anspruch.</p>	Dokument 320 Band 7, S. 1007
Düsseldorf, 05.11.1948	<p>Brief von Herrn Bishop (Britische Militärregierung an Hans Böckler. [...] der Zweck dieses Briefes ist, darauf zu dringen, dass die Folgen des Aufrufes einer 48stündigen Arbeitsniederlegung in großem Maße sehr ernsthaft in Erwägung gezogen werde [...] in der Abschrift eines vom Landesausschuss der KPD herausgegebenes Dokumentes füge ich bei, welches für sich spricht“.</p>	Dokument 321 Band 7, S. 1009
Hannover, 05.11.1948	<p>Unter TOP 1 wird u.a. berichtet: „[...] Gegen die Preissteigerung wird von Seiten des DGB eine Aktion geplant, die aber nur befristet sein kann, da auch der Bund nicht über die erforderlichen Gelder verfügt. Die von den IG abgeführten Gelder werden nicht 100%tig abgeführt.“ [...]</p>	Protokollbuch der IG BAU Seiten vom 05.11.1948

Ort/Datum	Ereignis	Anmerkungen
<p>Frankfurt/M., 4. bis 6.11.1948 - 06.11.1948 -</p>	<p>Diskussion zu einer 48stündigen Arbeitsruhe wird fortgesetzt. Im Laufe der Gespräche spricht sich Kollege Engelhardt als Erster für eine eintägige Arbeitsruhe aus. Beschluss. "Es wurde beschlossen, eine 24stündige Arbeitsruhe als Demonstration des gewerkschaftlichen Willens am Freitag, dem 12.11.1948 von 0 Uhr bis 24 Uhr in beiden Zonen durchzuführen". Die Pressekonferenz wird auf den 10.11.1948 nachmittags festgesetzt.</p> <p>Die zehn Forderungen der Gewerkschaften: „1.die amtliche Verkündigung des wirtschaftlichen Notstandes. 2.Zur Überwindung des Notstandes zeitlich befristete außerordentliche Maßnahmen: a) Einsetzung eines Preisbeauftragten mit besonderen Vollmachten; b) Erlass eines dem Notstand angepassten Preis-, Kontroll- und Wuchergesetzes; c) erweiterte Vollmachten und Verpflichtungen für Polizei und Behörden zur wirksamen Bekämpfung von Preiswucher, Warenhortung und illegalem Warenhandel; d) schnellste Aburteilung von Verstößen gegen Gesetze und Anordnungen in Verbindung mit dem Notzustand in einem besonderen Verfahren. 3.Beschleunigung des Jedermann-Programms und seine Erweiterung in einem Ausmaß, das den Verhältnissen zwischen vordringlichem Massenbedarf und weniger vordringlichem Bedarf gerecht wird. 4.Neuordnung der Steuererfassung und drakonische Strafmaßnahmen gegen Steuerbetrüger und deren Mithelfer. 5.Wirksame Maßnahmen, um beim Lastenausgleich den Sachwertbesitz sowie die Sachwertgewinne aus Warenhortung und Preiswucher zu erfassen und für einen gerechten sozialen Ausgleich zu verwenden. 6.Aufrechterhaltung bzw. Wiederherstellung der vollen Erfassung und Bewirtschaftung im Ernährungssektor. 7.Planung und Lenkung im gewerblich-industriellen Sektor, insbesondere für Rohstoffe, Energie und Kredite sowie für den Außenhandel und den Großverkehr. 8.Überführung der Grundstoffindustrie und Kreditinstitute in Gemeineigentum. 9.Demokratisierung der Wirtschaft und gleichberechtigte Mitwirkung der Gewerkschaften in allen Organen der wirtschaftlichen Selbstverwaltung. 10.Inkraftsetzung der zu Ziffer 8 und 9 von den (Landes-)Parlamenten bereits beschlossenen Gesetze.“</p>	<p>Dokument 319 Band 7, S. 1000</p>

Ort/Datum	Ereignis	Anmerkungen
Königswinter, 06.11.1948	Telegramm der Vertreter der christlich-demokratischen Mitgliedschaft in den Gewerkschaften der drei Westzonen an Böckler. „Sie erblicken in ihr eine große Gefahr für die Wiedergesundung unserer Wirtschaft und für die Gewerkschaftseinheit, deren junges Gefüge durch politische Aktionen gefährdet ist“.	Dokument 323 Band 7, S. 1013
Düsseldorf, 07.11.1948 Kongresssaal, Rheinhalle	... „Trotz ständig steigender Preise behauptet Professor Erhard immer wieder, er habe nicht vor, die Preise zu erhöhen, sondern er wolle sie senken , am 28.10. verstieg er sich zu den Worten: „Die Preise haben ihre höchsten Punkte erreicht und sind auf vielen Gebieten zurückgegangen: Unter normalen Verhältnissen wäre ein Wirtschaftsminister [...] längst unmöglich gewesen. Wenn Parteien nicht verstehen, so sind wir als Gewerkschaften im Interesse der arbeitenden Bevölkerung verpflichtet. Eine klare und eindeutige Sprache zu reden, und aus diesem Grunde ist die jetzt beschlossene Warnung eine Notwendigkeit geworden“. ... „Es drängt sich die Parallele zu der Zeit nach 1918 auf . Kollege Böckler hat Erfahrung aus jener Zeit [...] Die Arbeitgeber sind dabei das Gleiche zu versuchen [...] Bei unserer Demonstration am 12. November geht es auch darum, dass eine solche Wiederholung unmöglich gemacht wird.“	Sitzung aller gewerkschaftlicher Hauptamtlichen in NRW am Sonntag. Dokument 324 Band 7, S. 1014
Düsseldorf, 08.11.1948	Stellungnahme christlich-demokratischer Gewerkschafter aus einem Gespräch mit Vertretern des DGB-Bundesvorstandes. [...] Bezüglich der gewerkschaftlichen Forderungen auf Behebung der Notstände der Arbeitnehmer wurde in weitem Umfang Übereinstimmung festgestellt. [...] Die Bedenken, dass die amtliche Verkündung des wirtschaftlichen Notstandes kein Mittel zur Behebung der wirtschaftlichen Not ist und bedenkliche psychologische Rückwirkungen haben könnte. [... Besorgnis] dass die geplante Arbeitsruhe zu dunklen parteipolitischen Zwecken genutzt werden könnte, deren Nutznießer allein der Kommunismus sein würde. ...	Dokument 326 Band 7, S. 1026
Melle, 08.11.1948	„ Militärgouverneure nicht gegen Streik “ / CDU will alten Kurs fortsetzen – SPD stellt sich hinter die Gewerkschaftsforderungen – Die Generale Clay und Robertson empfangen auf Schloss Ostenwalde führende Gewerkschafter [...] Die Generale [...] erklärten, dass die gewerkschaftliche Aktion eine deutsche Angelegenheit sei, zu der sie sich nicht äußern wollen. [...] Böckler erklärt, es handelt sich nicht um einen Generalstreik, sondern um eine Demonstration des gewerkschaftlichen Willens“.	„HP“, 09.11.1948
Hannover, 09.11.1948	Kommentar aus der Frankfurter Redaktion: „Man hat den Gewerkschaften in den letzten Monaten vielfach vorgeworfen, sie spielten auf der politischen Bühne Statistenrollen und ließen sich von den rigoros-unbedenklichen Gegenspielern an die Wand drücken. [...] Die Mahner dürften sich jetzt beruhigen: die zehn Forderungen zeigen, dass man im Augenblick wirklich nicht um höhere Löhne streikt. [...] Hier freilich könnte man – je nach Großzügigkeit – ein politisches Streikmotiv erblicken, ...“	„HP“, 09.11.1948

Ort/Datum	Ereignis	Anmerkungen
Braunschweig, 09.11.1948	Sitzung DGB-Kreisausschuss Braunschweig. „... Kollege Rosenbruch erklärte, dass den Braunschweiger Brauereibetrieben Kündigungen zugegangen seien, da Braunschweig auf Einfuhr von Hopfen angewiesen ist und Bayern eine Ausfuhr verboten hat“. [...] Rosenbruch gab bekannt, dass alle Versuche der Gewerkschaften, auf Änderung der wirtschaftlichen Verhältnisse, gescheitert sind und von reaktionären Kreisen die freie Marktwirtschaft angestrebt wird. [...] Falls auch dieses keinen Erfolg bringt, sollen weitere Maßnahmen folgen“.	Protokoll, laufende Seitenzahlen 166-168
Frankfurt/M., 10.11.1948	Tagung des Wirtschaftsrates. Zweiter Misstrauensantrag gegen Erhard mit 51 gegen 43 Stimmen der SPD und KPD abgelehnt. Abgelehnt wird auch das 10-Punkte-Programm der Gewerkschaften.	
Frankfurt/M., 10.11.1948	Rundschreiben der Gewerkschaft der Eisenbahner zur Nichtteilnahme am Demonstrationsstreik. „... Die Gewerkschaft erklärt sich mit den wirtschaftlichen Punkten des Aufrufs zur Bekämpfung des Schieber- und Wuchertums einverstanden. [...] Die zur Verfügung stehende Zeit verhindert eine eingehende organisatorische Vorbereitung zur Durchführung einer 24stündigen Arbeitsniederlegung. [...] Der Verkehrsdienst kann nicht wie ein Produktionsbetrieb für einen Tag ausgeschaltet werden [...] In Vollzug dieser Vollmacht wurde beschlossen, in allen Betrieben der Reichsbahn am Freitag, 12. November 1948, Betriebsversammlungen abzuhalten. Die Tagesordnung für diese Versammlung ist: Kampf dem Schieber- und Wuchertum / Kampf für ein soziales und gerechtes Beamten- und Arbeitsrecht.“	Sitzung mit allen Hauptamtlichen der Eisenbahnergewerkschaft Dokument 329 Band 7, S. 1032
Bremen, 10.11.1948	„Massenprotest dem Preiswucher“ / In Bremen demonstrieren 30.000 Arbeiter und Angestellte – Dem Rufe des Ortsausschusses des DGB Folge leistend, legten am Mittwoch um 12 Uhr die Arbeiter und Angestellten der Bremer Betriebe die Arbeit nieder. In vier gewaltigen Zügen demonstrieren rund 30.000 zur Teilnahme an der Protestkundgebung auf dem Domhof. Ab 14 Uhr ruhte der gesamte Verkehr. Der Bremer Einzelhandelsverband hatte ebenfalls seine Mitglieder zur Schließung der Geschäfte zum Protest gegen den Preiswucher aufgerufen“. [...] Das Spruchband der Belegschaft der Borgward-Werke: „Ihr habt die Macht in den Händen, wenn ihr einig seid“, ragte über der Rednertribüne und wies damit auf die Geschlossenheit der Gewerkschaften hin.“ [...] Hans Böhm vom DGB-Bundesvorstand führte u.a. aus: „... Auf die Voorgänge in Stuttgart hinweisend betonte Hans Böhm, dass die Gewerkschaft es nicht nötig hätte, durch Einschlagen von Fensterscheiben ihre Kraft zu demonstrieren. Die Kraft der Gewerkschaft läge im Entzug der Arbeitskraft für eine Wirtschaftspolitik, die zum Ruin Deutschlands führe“. ...	„NVS“, 10.11.1948

Ort/Datum	Ereignis	Anmerkungen
Frankfurt, 10.11.1948	<p>„Alle Parteien im Wirtschaftsrat nehmen das Tarifvertragsgesetz an“, heißt es rückblickend, [man] „will die sichere gesetzliche Grundlage wiederherstellen, auf der die Gewerkschaften und die Vereinigungen der Arbeitgeber wie vor 1933 frei von staatlicher Bevormundung in Selbstverantwortung die Löhne und sonstigen Arbeitsbedingungen ihrer Mitglieder in Tarifverträgen regeln können. Das neue Tarifvertragsgesetz orientiert sich am amerikanischen „free collective bargaining“ und an der Weimarer Tarifvertragsordnung. Die in der Weimarer Republik mögliche staatliche Zwangsschlichtung schließt es aus, bekräftigt aber die zwingende und unmittelbare Wirkung des Tarifvertrags mit dem Günstigkeitsprinzip, wonach von den Normen eines Tarifvertrags nur zu Gunsten des Arbeitnehmers abgewichen werden darf. Mit der möglichen Einbeziehung betrieblicher und betriebsverfassungsrechtlicher Angelegenheiten und der Nachwirkung des Tarifvertrags geht es über das Weimarer Recht hinaus“.</p>	Handelsblatt, 14.12.1948
Bremerhaven, 10.11.1948	<p>„Auch Bremerhaven und Vegesack demonstrierten“ – In Bremerhaven demonstrierten die empörten Volksmassen. Einheitlich legten sie ihre Arbeit nieder und marschierten zum Torfplatz. Vor etwa 12.000 Werktätigen sprach auf der vom DGB einberufenen Protestversammlung gegen die hohen Preise der Gewerkschaftsvorsitzende Bremerhavens Lohmüller. In seinen Ausführungen analysierte der Redner die Enzwicklung der Westzonen nach der Währungsreform und die Warenhortung“ [...] „Zu einer Demonstration in Vegesack [kamen die] Werktätigen der Bremer Vulkan, Steingut, Tauwerkfabrik und der Fischerei. [Sie] marschierten in geschlossenem Zuge zum Sedanplatz, wo sich über 5.000 Menschen versammelten.“ ...</p>	„NVS“, 12.11.1948
Frankfurt/M., 10.11.1948	<p>„Post und Bahn werden arbeiten / Arbeitsniederlegung endgültig für Freitag beschlossen“ – Da auf die zehn Forderungen der Gewerkschaften keine befriedigende Antwort des Verwaltungsrates erfolgte, beschloss der Gewerkschaftsrat endgültig die 24stündige Arbeitsniederlegung für kommenden Freitag. Dabei werden Eisenbahn, Post, Rundfunk und andere wichtige Betriebe von der Arbeitsruhe ausgeschlossen bleiben“.</p> <p>„Rechtsparteien billigen erneut Frankfurter Wirtschaftspolitik“ – Mit einem Abstimmungsergebnis 51 zu 43 Stimmen wird der Vorsitzende des Verwaltungsrates Dr. Pünder und der Wirtschaftsdirektor Professor Erhard nicht, wie von der SPD gefordert, abberufen. Der Verwaltungsrat plant jedoch nicht „die amtliche Verkündung eines wirtschaftlichen Notstands.“</p> <p>„CDU-Minister gegen Erhard“ – Der Landwirtschaftsminister Lübke gab „seinen Unwillen Ausdruck über die Frankfurter Wirtschaftspolitik.“ Die benötigten Ausrüstungen für die Landwirtschaft, die dringend erforderlichen Maschinen und Anlagen können nicht beschafft werden.</p>	<p>„HP“, 11.11.1948</p> <p>„HP“, 11.11.1948</p> <p>„HP“, 11.11.1948</p>

Ort/Datum	Ereignis	Anmerkungen
Bremen, 10.11.1948	<p>„Die Zeit des Wartens ist vorbei!“ / Stürmische Betriebsräteversammlung – Schluss mit der Selbstherrlichkeit Schultes – Die „Betriebsräte-Vollversammlung fand am Mittwochnachmittag statt, um zum Generalstreik am Freitag Stellung zu nehmen. Der bedauerliche Ausgang dieser Versammlung ist allein auf das diktatorische und undisziplinierte Verhalten des Vorsitzenden der Bremer Gewerkschaften, Oskar Schulze, zurückzuführen. Durch sein Verhalten wurde die Zusammenkunft des wichtigsten Gremiums der Bremer Arbeiterschaft aufgelöst.“ [...] Als die Versammelten einmütig Abstimmung über die nächste Betriebsräte-Vollversammlung forderten, erklärte Schulze die Versammlung für beendet.“ ...</p> <p>In einer Betriebsrätevollkonferenz werden die Einzeleinheiten für den Demonstrationsstreik abgeklärt. Die Bitte, dass amerikanische Schiffe am Streiktag entladen werden sollen, lehnen die Betriebsräte ab.</p>	<p>„NVS“, 12.11.1948</p> <p>„NVS“, 16.11.1948</p>
Northeim, 10.11.1948	<p>„Einstimmig für den Streik“ / Die Northeimer Gewerkschaften haben sich auf einer Besprechung der Betriebsräte und Funktionäre mit Kreissekretär Dell hundertprozentig für Streik ausgesprochen. Die Aufstellung der Streikposten wurde beschlossen. Für lebenswichtige Betriebe wird ein Notdienst eingerichtet. Insgesamt sind im Kreis Northeim 10.400 Personen gewerkschaftlich organisiert.“ ...</p>	<p>„NVS“, 12.11.1948</p>
Hannover, 10.11.1948	<p>Telegraphische Durchsage des Bezirksvorstandes – Betrifft: Aktion des Gewerkschaftsrates – „... die Aussprache mit den Generälen brachte keinen neuen Gesichtspunkte. Ebenso erklärten die Kollegen aus der früheren christlichen Gewerkschaftsbewegung entgegen ihrer bisher verlauteten Äußerungen sich ausnahmslos für die Aktion des Gewerkschaftsrates. [...] Die Abmachungen sind 100%tig einzuhalten, gleich, ob sie unseren Wünschen entsprechen“. ...</p>	<p>Manuskript (einseitig), laufende Ziffer 163</p>
Frankfurt, 11.11.1948	<p>„Verschärfter Kampf gegen Frankfurt“ / Kalte Ablehnung der Gewerkschaftsforderungen durch Oberdirektor Dr. Pünder (CDU) – Weitergehendere Maßnahmen in Vorbereitung – Fritz Tarnow erklärt in einer Presskonferenz: „Der geplante Streik wird am Freitag wird, wie vorgesehen, stattfinden. Er betonte, man müsse unterscheiden zwischen einem natürlichen Notstand, der aus einer wirtschaftsschwachen Lage entstehe und zwischen einem außerordentlichen Notstand. Zur Zeit habe man es mit einem außerordentlichen Notstand zu tun, der durch die völlige Desorganisation der Wirtschaft, die Demoralisierung der Bevölkerung, die Missachtung der Gesetze und das Einschlafen der staatlichen Autorität hervorgerufen sei. Diese Dinge könne man ändern, wenn man wolle“. ...</p>	<p>„NHS“, 12.11.1948</p>

Ort/Datum	Ereignis	Anmerkungen
Düsseldorf, 11.11.1948	Außerordentliche Sitzung des DGB-Bundesvorstandes und des Beirats zur Durchführung des Demonstrationstreiks – „... Die Kollegen aus Bayern und Baden-Württemberg versuchen unter vielerlei Begründungen, den Beschluss des Gewerkschaftsrates zur Durchführung der Aktion aufzuheben oder hinauszuschieben“ [...] Böckler schließt die Sitzung um 16,45 Uhr mit den Worten: „Wir gehen nun an ein außerordentlich wichtiges und gewaltiges Werk. Es steht nahezu alles gegen uns, um so größer muss die Anstrengung sein, die der Einzelne und die Gesamtheit machen, wenn wir vor unserer eigenen Kritik bestehen wollen.“	Dokument 332 Band 7, S. 1040
Hildesheim, 11.11.1948	Betriebsratssitzung bei der Firma Klodt-Senking. „Gemäß Gewerkschaftsbeschluss ruht die Arbeit am Freitag, 12.11.1948 völlig. Im Werk dürfen nur erscheinen die Mitglieder des Betriebsrates zur Kontrolle und 2 – 3 Heizer und einige Leute für den Kompressionsraum, damit die Emaillöeöfen in Betrieb bleiben [...]	
Hannover, 12.11.1948	„Letzte Warnung an Frankfurt / Eindruckvolle Demonstration der Gewerkschaften – Arbeitsruhe fast überall eingehalten“. „Die Demonstration gewerkschaftlichen Willens gegen die Frankfurter Wirtschaftspolitik ist in der gesamten Bi-Zone ruhig verlaufen. [...] In Niedersachsen beteiligten sich etwa eine Million Menschen an der Protestaktion. [...] In Cuxhaven hatte der Arbeitgeberverband am Vorabend durch Flugblätter zur Nichtbefolgung des Gewerkschaftsauftrufes aufgefordert.“ Die Gewerkschaften verteilten daraufhin eigene Flugblätter und erreichten, „dass die Absichten der Unternehmer weitgehend ohne Erfolg blieben“. „Die CDU hat sich überall scharf gegen die Arbeitsniederlegung gewandt, der CDU-Landesverband verteilte 280.000 Flugblätter „gegen die Arbeitsruhe“. „Auf Ersuchen der SPD-Fraktion setzte der Parlamentarische Rat in Bonn seine Arbeiten wegen der 24stündigen Arbeitsruhe aus.“	„HP“, 13.11.1948
Peine, 12.11.1948	„Die gesamte Verwaltung hatte Ruhetag eingelegt . Hierzu kann man sagen, dass viele das Bewusstsein des Kampfwillen gern ad acta gelegt hätten, wenn nicht auf der anderen Seite ein eifriger, bewusster Funktionärskörper für strikte Einhaltung Sorge getragen hätte. [...] Der Vorstand in Peine ist sich darüber im Klaren, dass, wenn eine Besserung der Lebenshaltung herbeigeführt werden soll, dies von der Preisseite angesetzt werden muss, ohne dabei die Lohnentwicklung aus den Augen zu verlieren.“	DoKu - Brief vom 20.11.1948 an DGB-Bezirksleitung (Zwei Blatt DIN A4)
Peine, 12.11.1948	[...] Zwischentfälle Peine . Nur wurde unangenehm aufgenommen, dass der Arbeitsdirektor Dänemark durch Tarifverhandlungen verhindert war und erst am Abend des Ruhetages bei der Gewerkschaft erschien. Ich kann mir kaum vorstellen, dass ein Gewerkschafter mit Verantwortungsgefühl seinem Betrieb an solch einem Tag fernbleiben kann.“	DoKu - Brief vom 15.11.1948 an DGB-Bezirk von „Engels“ unterschrieben (Ein Blatt DIN A4)

Ort/Datum	Ereignis	Anmerkungen
Hannover, 12.11.1948	<p>„Am Streiktag wie ausgestorben“ / „... Auf einer Kontrollfahrt des DGB zeigte sich überall das gleiche Bild: Gitter vor den Fenstern und Türen der Geschäfte und Gaststätten. In den Fabriken Skat-spielende Pförtner und vereinzelt Streikposten. Auf der mehr als zweistündigen Fahrt durch Linden und Ricklingen wurde lediglich ein kleiner Betrieb bei Arbeit für die Militärregierung angetroffen. Der Betriebsleiter ließ die Leute sofort nach Hause gehen [...] Die Schulkinder gingen wie gewöhnlich zum Unterricht, da die Lehrerschaft, die sich im Beamtenverhältnis befindet, nicht streikte. [...] Die Krankenhäuser unterhielten ihren normalen Dienst und auch die Feuerwehr stand auf ihren Posten [...] Die Kohleversorgung für Berlin wurde durch die Arbeitsruhe in der Stadt Hannover nicht lahmgelegt“</p>	„HP“, 13.11.1948
Düsseldorf, 12.11.1948	<p>„Freie Wirtschaft vergeudet Unsummen“ – „Die Gewerkschaften werden solange kämpfen, bis sie den Unternehmern die Mitbestimmung in der wirtschaftlichen Selbstverwaltung abgerungen haben“ erklärte Dr. Böckler [mit dem Korrespondenten der „HP“]. Wenn die große Demonstration nicht zum Erfolg führt, werden weitere Aktionen folgen. Die westdeutsche Wirtschaft wird zur Ruhe kommen, sobald die gewerkschaftlichen Forderungen die notwendigen Forderungen [nach sich] gezogen haben“. [...] In einer Rundfunkansprache am Freitagabend führte Böckler [u.a.] aus, man verweist uns auf die Möglichkeit der Lohnbewegung, wohl wissend, dass von der Lohnseite her dem Übel nur in sehr beschränktem Umfange beizukommen ist. Im ganzen gesehen ist die Lohnseite in unserer Wirtschaft gesund. Sehr krank dagegen ist die Preisseite. Hier muss dem gemäß die Kur einsetzen.“</p>	„HP“, 13.11.1948
Köln, 12.11.1948	<p>Die Klöckner-Werke haben Streikbrecher eingestellt. Als rund hundert von ihnen die Arbeit aufzunehmen versuchten, gingen die streikenden Arbeiter gegen sie vor. Es kam zu einer Prügelei. Die Streikbrecher wurden aus dem Werk vertrieben. Erst danach zogen Streikposten vor den Eingängen der Klöckner-Werke auf.</p>	
Braunschweig, 12.11.1948	<p>Ein bekanntes Lichtspieltheater will am Nachmittag des 12. November Filmvorführungen durchzuführen. „Daraufhin besetzten zahlreiche Werk tätige das Theater und zwangen dadurch die Direktion zur sofortigen Abbrechung der Filmvorführung und Schließung des Theaters.“</p>	Braunschweiger Zeitung, 13.11.1948
Bremen, 12.11.1948	<p>„Streik in Bremen einheitlich durchgeführt“ / Werk tätige fordern konsequente Weiterführung des Kampfes – „... Die 24stündige Arbeitsruhe wurde im Lande Bremen vollständig durchgeführt. Der Straßenbahnverkehr ruhte volle 24 Stunden. Am, einheitlichsten war die Streikdurchführung in Großbetrieben. Die Arbeiter der Atlas-Werke hatten Streikposten aufgestellt“ [...] „Die Werk tätigen erwarten nun von ihren Gewerkschaften, dass sie den einmal beschrittenen Weg des energischen Kampfes gegen den Preiswucher und gegen die Frankfurter Wirtschaftspolitik konsequent zu Ende gehen.“</p>	„NVS“, 16.11.1948

Ort/Datum	Ereignis	Anmerkungen
Braunschweig, 13.11.1948	<p>„Kritik nach der Parade“ – ist in äußerst gehässiger Form gegen die Gewerkschaften gehalten. [...] Man handelte nicht, sondern man agitierte wird behauptet. Man hätte die Flüchtlinge, Ausgebombten und durch den Krieg Verelendeten vergessen. Die Nachrichten aus Kiel, Köln und Braunschweig – letztes ist für seine Maßlosigkeit in Dingen der Politik von jeher berüchtigt – sprechen für sich. [...] Den Auseinandersetzungen sozialer und innenpolitischer Natur, die dieser Winter ohne Frage bringen wird, ist damit ein Vorzeichen verliehen worden ...“.</p>	„BZ“, 13.11.1948 und DGB-Kommentierungen
Frankfurt/M., 15.11.1948	<p>Im Frankfurter Zirkusbau findet ein Streitgespräch vor 3.000 Zuhörern zwischen dem Wirtschaftsminister aus NRW, Professor Eric Nölting und Wirtschaftsdirektor Professor Erhard statt. „Wirtschaftsdirektor unterlag nach Punkten / Nölting trieb Erhard im Streitgespräch in die Enge“ Dass Erhard sich „als der Unterlegene erwies, lag weder an der Ungleichheit der rhetorischen Begabung, noch etwa in einer mangelnden Beherrschung der Materie dieser oder jener Seite begründet. [...] Hinter Nöltings Argumenten stand das Lebensrecht Millionen Schaffender, der durch keinen noch so plausibel erscheinende Wirtschaftstheorie hinwegdiskutiert werden kann. Erhard dagegen zeigte sich als der starre Dogmatiker, dessen Glaubensgebäude zusammenstürzen muss, Wenn nur ein Stein sich darin lockert. Spöttisches Lachen erntete er [Erhard] mit seiner Feststellung, in den letzten Wochen sei eine Beruhigung in der Preisentwicklung eingetreten.“ ...</p>	„HP“, 16.11.1948
Köln, 17.11.1948	<p>Misstrauenserklärung des Beirates der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (BBZ) gegenüber dem Gewerkschaftsrat – „... Der Beirat sieht in den widersprechenden Verlautbarungen des Gewerkschaftsrates in Bezug auf die Arbeitsniederlegungen bei Eisenbahn und Post die größten Gefahren für die Geschlossenheit und Schlagkraft der Gewerkschaften. [...] Der Beirat kann unter diesen Umständen zu dem Gewerkschaftsrat in seiner heutigen Zusammensetzung kein Vertrauen mehr haben“. ...</p>	Dokument 334 Band 7, S. 1046
Hamburg, 18.11.1948	<p>Ein Kommentar in der Wochenzeitung „die Zeit“: „Vielleicht wird dieser 12. November nicht als Tag der Arbeitsruhe, sondern als der Tag des Lohn- und Produktionsausfalls in die Geschichte eingehen.“</p>	
Frankfurt, 20.11.1948	<p>Erich Ollenhauer schreibt: „Es passierte nichts, aber es geschah doch etwas sehr Wesentliches. Eine ernste eindrucksvolle Warnung an alle, die es angeht: Schluss mit der Politik des Egoismus und der Gewinnsucht auf Kosten der breiten Masse des Volkes“</p>	„Neuer vorwärts“. 20.11.1948

Ort/Datum	Ereignis	Anmerkungen
Düsseldorf, 22.11.1948	<p>„Kürzung der Brotration erwogen – Die Lage auf dem Ernährungssektor Brot sei „sehr gefährlich“ sagte der amtierende Gouverneur für NRW General Bishop. „... eine Senkung in der Doppelzone um 2.000 Gramm ab Dezember werde sich kaum verhindern lassen. [...] wenn die westdeutschen Bauern nicht mehr Getreide als bisher abliefern [...]in NRW bis zum 15. November nur 22 Prozent der abzuliefernden Menge aufgebracht.“</p> <p>„Schumann gegen Sozialisierung der Ruhr“ „... der französische Außenminister sagte in Metz, „... dass die Ruhrindustrie [nicht] in den Besitz einer zentralisierten deutschen Regierung übergehe. Das habe es nicht einmal im Hitlerreich gegeben.“</p>	<p>„HP“, 23.11.1948</p> <p>„HP“, 23.11.1948</p>
Hannover, 23.11.1948	<p>„Droht eine zweite Währungsreform?“ / Scharfe Angriffe der englischen Presse gegen Prof. Erhard – Erneute Warenhortung festgestellt – Vertrauen zur D-Mark erschüttert – „Die Wochenschrift „Tribune“ richtete kurz vor dem Besuch des Direktors der Frankfurter Wirtschaftsverwaltung, Prof. Erhard, in England einen erneuten scharfen Angriff gegen ihn. „Nach wenigen Monaten seiner Tätigkeit hat sich Prof. Erhard bereits als so nützlich für das Big-Business erwiesen, dass der konservative Flügel der CDU und die reaktionäre FDP, um die Ehre zu streiten beginnen, diesen nicht parteigebundenen Sachverständigen als ihren besonderen Vorkämpfer zu beanspruchen.“</p>	„NVS“, 23.11.1948
Frankfurt/M., 29.11.1948	<p>„Gewerkschaften warten ab“ / Die Gewerkschaften werden abwarten, welche Maßnahmen die Wirtschaftsverwaltung der Doppelzone ergreift, um den gegenwärtigen wirtschaftlichen Notstand zu beheben, erklärte der DGB-Geschäftsführer Tarnow. [...] Die Willenskundgebung der Gewerkschaften sei nicht ohne Wirkung geblieben, sondern habe bei den maßgebendsten Stellen zur Besinnung geführt. [...] Wenn die Gewerkschaften jedoch feststellten, dass kein ernsthafter Wille zur Behebung des Notstands sich zeige, müssten andere Wege besprochen werden.“</p>	„BZ“, 30.11.1948
Braunschweig, 02.12.1948	<p>„... der Zweck ist eine Aussprache zur einseitigen Stellungnahme der „BZ“ zur Arbeitsruhe am 12.11.1948. [...] Die Kritik der Arbeitsruhe wurde ohne besondere Veranlassung gleichzeitig auch zu einer Kritik allgemeiner gewerkschaftspolitischer Forderungen benutzt. Ein Teil des 10-Punkte-Programmes wurde als unberechtigt publiziert. [...] Denn örtlichen Gewerkschaftsorganen wurde im Zusammenhang mit der Durchführung der Arbeitsruhe „Radikalismus“ vorgeworfen. [...] Ausführungen von Prof. Erhard und Dr. Pünder wurden an besonders bevorzugter Stelle und vor allem mit negativen Äußerungen über die Arbeitsruhe gebracht.“ Herr Neumann, Chefredakteur der „BZ“ nimmt Stellung. Er versuchte die „Veröffentlichungen insofern zu verteidigen, als Kapazitäten auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik wie Dr. Röpke gleiche Stellungnahmen eingenommen hätten.“ Mann wollte auf keinen Fall „gewerkschaftsfeindliche Stellung beziehen, im Gegenteil. Zukünftig soll vor Aktionen mit dem DGB Rücksprache genommen werden.“</p>	Protokoll, laufende Seitenzahlen 169-170

Ort/Datum	Ereignis	Anmerkungen
Frankfurt/M., 03.12.1948	„ CDU drückt sich um die Entscheidung / Schlange-Schöningen rechtfertigt Ernährungspolitik / Keine freie Spitzen für Landwirtschaft – „Im Wirtschaftsrat wird eine grundsätzliche Diskussion geführt über die Ernährungs- und Wirtschaftspolitik. [...] Der Abgeordnete Kriedemann (SPD) sagte [...] keiner aus [unseren] Reihen werde aber dabei sein, wenn eines Tages wieder Bittgänge zu den Alliierten sich wieder als notwendig erweisen sollten ...“	„HP“, 04.12.1948
Braunschweig, 03.12.1948	Bericht über die Durchführung der Arbeitsruhe: „Aufgrund der getroffenen organisatorischen Vorbereitungen und der durchgeführten Aufklärung wurde die Arbeitsruhe zu 100% durchgeführt. Die eingesetzten gewerkschaftlichen Kontrollorgane brauchten nicht einzugreifen. Lediglich das Finanzamt arbeitete, [Verhandlungen brachten] auch den entsprechenden Erfolg. [...] Die HP, Braunschweiger Ausgabe, brachte einen objektiven Bericht, [...] in Braunschweig verlief die Arbeitsruhe ohne jede Störung, sodass absolute Sonntagsruhe herrschte.“	Protokoll, laufende Ziffern 189-192
Hannover, 07.12.1948 (Dienstag)	„ Das Weihnachtsgeschenk – Ganze drei „Amis“ auf Normalverbraucherkarte angekündigt“ – Alle Verbraucher über 18 Jahre erhalten drei Zigaretten auf Bezugsausweis	„HP“, 07.12.1948
Düsseldorf, 11.12.1948	Verhandlungen zwischen Professor Erhard und DGB-Vertretern wegen der „geforderten Aufnahme von Gewerkschaftsvertretern in die maßgebenden Wirtschaftsstellen“.	„HP“, 07.12.1948
Düsseldorf, 16./17.12.1948	Diskussion des Bundesvorstandes und des Bundesbeirates des DGB über den Verlauf des Demonstrationstreiks und weitere Aktivitäten – „... Der Vorsitzende [Böckler] stellt die Frage: Was kann und was muss geschehen, um die Nachwirkung der Demonstration zu verstärken und um alle verantwortlichen Stellen immer wieder auf das Notwendigste hinzuweisen?“ Mehrere Vorschläge, u.a. eine „Stärkere Fühlungnahme mit allen maßgeblichen Parteien des Wirtschaftsrates und zu den fortschrittlichen Kollegen der CDU und mit dem sozialpolitischen Ausschuss der CDU / Es hätte eine Urabstimmung stattfinden müssen / „dass die Aktion, soweit sie wirtschaftspolitischer Art sei, stärkstens herausgestellt und fortgesetzt werden müsse“. [...] Kollege Böckler [...] bedauert, dass auf der Tagung nicht die Frage beantwortet wurde, inwieweit wir in der Lager seien, unter Zusammenfassung aller finanzieller Kräfte der Gesamtheit die Bewegung einzelner Gruppen durchzuführen, deren Einsatz sich als notwendig erweisen könnte. In der angeschnittenen Frage, der fachlichen Wirtschaftsstellen ist Kollege Böckler der Auffassung, dass wir von unserem Anspruch auf paritätische Besetzung nicht abgehen “.	Dokument 335 Band 7, S. 1047

Ort/Datum	Ereignis	Anmerkungen
Bad Vilbel, 19.12.1948	<p>Konferenz von Vertretern der Gewerkschaften und der Gewerkschaftsbünde des Vereinigten Wirtschaftsgebietes zu den Ergebnissen des Demonstrationsstreiks – [Anhang zum Protokoll] Beschluss [... Die Versammlung] nimmt mit Genugtuung davon Kenntnis, dass diese Kundgebung nicht ohne Eindruck auf die maßgebenden Stellen ohne Eindruck geblieben ist. Die inzwischen getroffenen und vorbereiteten Maßnahmen in der Wirtschafts- und Preispolitik reichen aber bei weitem nicht aus, um den gewerkschaftlichen Forderungen und den Bedürfnissen der arbeitenden Bevölkerung gerecht zu werden. [...] Sie [die Versammlung] beauftragt den Gewerkschaftsrat, zur Durchführung der aufgestellten Forderungen weiterer zweckentsprechenden Maßnahmen zu treffen, um ein besseres und gerechteres Verhältnis zwischen Lohn und Preis herzustellen und gleichzeitig den Einfluss der arbeitenden Menschen, vertreten durch die Gewerkschaften, entsprechend ihrer Bedeutung, in der Wirtschaft zur Geltung zu bringen.“</p>	Dokument 336 Band 7, S. 1049

Kalender 1948

Januar 1948

KW	MO	DI	MI	DO	FR	SA	SO
1				1	2	3	4
2	5	6	7	8	9	10	11
3	12	13	14	15	16	17	18
4	19	20	21	22	23	24	25
5	26	27	28	29	30	31	

Februar 1948

KW	MO	DI	MI	DO	FR	SA	SO
5							1
6	2	3	4	5	6	7	8
7	9	10	11	12	13	14	15
8	16	17	18	19	20	21	22
9	23	24	25	26	27	28	29

März 1948

KW	MO	DI	MI	DO	FR	SA	SO
10	1	2	3	4	5	6	7
11	8	9	10	11	12	13	14
12	15	16	17	18	19	20	21
13	22	23	24	25	26	27	28
14	29	30	31				

April 1948

KW	MO	DI	MI	DO	FR	SA	SO
14				1	2	3	4
15	5	6	7	8	9	10	11
16	12	13	14	15	16	17	18
17	19	20	21	22	23	24	25
18	26	27	28	29	30		

Mai 1948

KW	MO	DI	MI	DO	FR	SA	SO
18						1	2
19	3	4	5	6	7	8	9
20	10	11	12	13	14	15	16
21	17	18	19	20	21	22	23
22	24	25	26	27	28	29	30
23	31						

Juni 1948

KW	MO	DI	MI	DO	FR	SA	SO
23	1	2	3	4	5	6	
24	7	8	9	10	11	12	13
25	14	15	16	17	18	19	20
26	21	22	23	24	25	26	27
27	28	29	30				

Juli 1948

KW	MO	DI	MI	DO	FR	SA	SO
27				1	2	3	4
28	5	6	7	8	9	10	11
29	12	13	14	15	16	17	18
30	19	20	21	22	23	24	25
31	26	27	28	29	30	31	

August 1948

KW	MO	DI	MI	DO	FR	SA	SO
31							1
32	2	3	4	5	6	7	8
33	9	10	11	12	13	14	15
34	16	17	18	19	20	21	22
35	23	24	25	26	27	28	29
36	30	31					

September 1948

KW	MO	DI	MI	DO	FR	SA	SO
36				1	2	3	4
37	6	7	8	9	10	11	12
38	13	14	15	16	17	18	19
39	20	21	22	23	24	25	26
40	27	28	29	30			

Oktober 1948

KW	MO	DI	MI	DO	FR	SA	SO
40					1	2	3
41	4	5	6	7	8	9	10
42	11	12	13	14	15	16	17
43	18	19	20	21	22	23	24
44	25	26	27	28	29	30	31

November 1948

KW	MO	DI	MI	DO	FR	SA	SO
45	1	2	3	4	5	6	7
46	8	9	10	11	12	13	14
47	15	16	17	18	19	20	21
48	22	23	24	25	26	27	28
49	29	30					

Dezember 1948

KW	MO	DI	MI	DO	FR	SA	SO
49				1	2	3	4
50	6	7	8	9	10	11	12
51	13	14	15	16	17	18	19
52	20	21	22	23	24	25	26
53	27	28	29	30	31		